
/// Deutschlands Rolle in einer Welt grundlegender Veränderungen

EINE WELT – UNSERE VERANTWORTUNG

GERD MÜLLER /// In den letzten 25 Jahren hat sich weltpolitisch dermaßen viel ereignet, das zuvor unvorstellbar erschien. Dennoch ist es geschehen und hat zu grundlegenden globalen Veränderungen und einer neuen Welt(un)ordnung geführt, dem wir Rechnung tragen müssen.

Unvorhersehbares vorher sehen – die neue Welt(un)ordnung

Wer hätte vor 25 Jahren vorauszusagen gewagt, dass die Mauer fallen und das SED-Regime implodieren würde? Hätten wir es für möglich gehalten, dass nicht mal ein Jahr später die Deutsche Einheit folgen und kurze Zeit später die Sowjetunion auseinanderbrechen sollte, und in unserer Nachbarschaft, auf unserem Kontinent, wieder Kriege ausbrechen würden? Hätten wir uns ausmalen können, dass deutsche Soldaten auf dem Balkan an einem Luftkrieg beteiligt sein würden? Die Bundeswehr im Dauereinsatz am Hindukusch, über ein Jahrzehnt – heute fast schon selbstverständlich „out-of-area“? Oder man denke an „Nine-Eleven“ mit all seinen Folgen.

Selbst wenn wir uns nur um gut vier Jahre zurückversetzen, in den Oktober 2010 und den erfolgten rasanten Wandel und die daraus schwindenden Gewissheiten betrachten: Proteste, Aufstände und Rebellionen erschütterten die arabische Welt – von einem „Frühling“ spricht heute allerdings kaum mehr einer. Ein damals stabil erscheinendes Land wie Syrien versinkt jetzt in Krieg und Gewalt. EU-Mitgliedstaaten rufen den Internationalen Währungsfonds zu Hilfe, ein EU-Mitglied wird von Akteuren am Finanzmarkt als „Schwellenland“ eingestuft. China steigt – vielleicht noch in diesem Jahr – zur größten Wirtschaftsmacht auf.

Anfang 2014 haben der Bundespräsident, der Außenminister und die Ver-



Entwicklungsminister Gerd Müller mit Kanzlerin Angela Merkel bei der Vorstellung der Zukunftscharta „EINE WELT – unsere Verantwortung“ am 24. November 2014 in Berlin.

teidigungsministerin bei der Münchner Sicherheitskonferenz über die Herausforderungen der Zukunft gesprochen. Allein in Frank-Walter Steinmeiers Rede

In den letzten 25 Jahre hat sich viel UNVORSTELLBARES ereignet.

kam seinerzeit das Wort „Ukraine“ vor. Keine vier Wochen später wurden in Europa wieder Grenzen verschoben. Wer hätte vorhergesehen, dass wir Waffen an die Kurden im Nordirak liefern würden? Wer hätte sich die rasante Entwicklung einer Terrormiliz namens „IS“ vorstellen können, die mit brutalen Mitteln eine ganze Region beherrscht und auch Europa in Angst versetzt? Auch Ebola, inzwischen zur „Gefahr für den

Weltfrieden und die internationale Sicherheit“ erklärt, war noch kein Thema.

Über künftige außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen sollte man also mit Vorsicht und Bescheidenheit sprechen, denn wir müssen uns auf unvorhersehbare Entwicklungen einstellen und daher vorausschauend mit Unsicherheit umgehen.

Welche Krisen uns in fünf, in zehn Jahren beschäftigen werden, wissen wir nicht. Aber wir kennen einige der grundsätzlichen Entwicklungen, die hinter den heutigen Krisen stehen und die unsere Reaktionsmöglichkeiten verändern. Die Aufzählung ist stichwortartig, die Reihenfolge keine Gewichtung, denn vieles bedingt oder verstärkt sich gegenseitig: Klimawandel und Ernährungskrisen, Erosion und Kampf um Wasser, Rohstoffverknappung, Be-

völkerungswachstum und Megastädte, fragile oder zerfallende Staaten, asymmetrische und innerstaatliche Kriege, Ungleichheit von Lebenschancen und weltweite Schulden- und Finanzmarktkrisen, Terrorismus und organisierte Kriminalität, Flüchtlingswellen, Krankheiten und Epidemien, ideologische Aufladung von Konflikten durch politisch-religiöse Identitäten, globale Wertschöpfungsketten und transnational agierende Unternehmen, global vernetzte Zivilgesellschaft und neue Kommunikationsformen.

Anderthalb Milliarden Menschen sind derzeit in Afrika, in der europäischen Nachbarschaft und im Nahen Osten von Konflikten betroffen. Sie leiden unter Bürgerkriegen und Gewalt. Über 50 Millionen sind Flüchtlinge, so viele wie seit 50 Jahren nicht mehr. Unsere Möglichkeiten, diesen Konflikten zu begegnen, verändern sich, weil sich die politischen, v. a. geopolitischen Kräfte verschieben. Die G7/G8 haben Konkurrenz bekommen, spätestens seit der weltwei-

Wir müssen uns auf weitere unvorhersehbare Entwicklungen EINSTELLEN.

ten Finanz- und Wirtschaftskrise. Neue wichtige Abstimmungsforen wie die G20 treten hinzu, das politische Gewicht der Schwellenländer nimmt zu und neue Allianzen bilden sich. Eine wie auch immer geartete Weltregierung, die unsere globalen Probleme lösen könnte,

ist nicht in Sicht. Die Vereinten Nationen haben nach wie vor Reformbedarf.

Die USA ziehen sich tendenziell aus militärischen Einsätzen zurück, übernehmen nicht mehr automatisch die Führungsrolle und wenden sich nach Asien. Zugleich steigt der Bedarf an glo-

DEUTSCHLAND kann und darf sich seiner außen- und weltpolitischen Verantwortung nicht entziehen.

balen politischen Ordnungsleistungen, gerade bei langanhaltenden Krisen und globalen Gefahren. Die Umbrüche in der arabischen Welt und im Nahen Osten haben einen Krisenbogen geschaffen, von dem Europa direkt betroffen ist. Die Krisen in der Welt rücken näher an Europa, an Deutschland heran – gefühlt, weil wir im Zeitalter des Internets und der sozialen Medien schneller, direkter und umfassender denn je von ihnen erfahren.

Krisen rücken näher

Bis vor kurzem konnten wir uns noch in der Sicherheit wiegen, dass territoriale Konflikte in unserer Nähe Vergangenheit sind. Mit der Ukraine ist nun der Nachbar eines guten Nachbarn betroffen. Bislang haben uns Kriege, Staatszerfall und Verschlechterungen der Lebensgrundlagen aufgrund des Klimawandels in weiter entfernten Regionen wenig tangiert. Aber die Flüchtlinge, die nun in immer größerer Zahl Zuflucht und Zukunft in Deutschland suchen, stammen zu einem guten Teil aus eben jenen Regionen.

Aber nicht alles ist düster. Es gibt auch Länder, die Fortschritte in Richtung nachhaltiger Entwicklung, sicherer Lebensumfelder, demokratischer

Teilhabe sowie Rechtsstaatlichkeit machen, auch dank kontinuierlicher deutscher Entwicklungspolitik. Aber das Gefühl, in der Komfortzone zu leben, schwindet. Dahinter steckt, so zynisch es klingt, möglicherweise auch eine Chance. Indem globale Krisen spürbarer für jeden Einzelnen von uns werden, wächst auch die Einsicht, dass wir uns an ihrer Lösung mehr als bisher beteiligen müssen.

Entwicklungspolitik ist internationale Stabilitätspolitik

Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen haben bei der Münchner Sicherheitskonferenz mit unterschiedlichen, aber immer eindringlichen Worten, mehr außen- und weltpolitische Verantwortungsübernahme Deutschlands angemahnt. Die darauf folgende Debatte wurde oft auf die Frage, ob wir uns mehr als bisher an militärischen Einsätzen beteiligen sollten, verkürzt. Das aber wird den Rednern und auch der Tragweite dessen, was wir zu diskutieren haben, nicht gerecht. Die eigentlichen Fragen sind doch: Wo liegen die Möglichkeiten, wo die Grenzen unseres Handelns in Krisenregionen? Mit welchen Mitteln kann Gewalt eingedämmt und Entwicklung ermöglicht werden? Entwicklungspolitik ist internationale Stabilitätspolitik und Entwicklungspolitik hat reiche Erfahrungen bei der Vorbeugung vor Konflikten und der Stabilisierung von Gesellschaften in Krisen und nach Krisen. Aber allzu oft bleibt ihr Beitrag zur Eindämmung oder Verhinderung von Krisen unbeachtet, denn sichtbar werden nur die Krisen, nicht aber die verhinderte. Sichtbar wird also nur das Versagen von vorbeugendem Handeln, nicht aber dessen Erfolge.

Der Wert von ENTWICKLUNGSPOLITIK zur Stabilisierung und Krisenverhinderung wird unterschätzt.

Hilfe zum Aufbau von Verwaltungen, Krankenhäusern oder sozialer Sicherung zu leisten, Korruption zu überwinden, eine tragfähige lokale Wirtschaft aufzubauen, Versöhnung zwischen Konfliktparteien zu ermöglichen – dieses tägliche Brot von Entwicklungspolitik ist mühsam und oft mit Rückschlägen verbunden. Ungeduldige Geister fragen: „Was macht ihr da? Was bringt das?“ Aber die Erfahrungen zeigen: Fragile Länder brauchen zwischen 15 und 30 Jahre, also den Zeitraum einer ganzen Generation, um wieder ein solides Gemeinwesen und funktionierende Strukturen zu entwickeln – wenn es denn gelingt. Denn wir müssen auch realistisch bleiben und dürfen unsere Einflussmöglichkeiten als externe Akteure nicht überschätzen.

Aber wir sollten auch auf Erfolge hinweisen. „Nichts ist gut in Afghanistan“, heißt es ja oft. Doch der örtliche Direktor der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit berichtet auch von ermutigenden Fortschritten: Vor 13 Jahren hatte noch nicht einmal jeder Zehnte dort Zugang zu medizinischer Grundversorgung – heute mehr als vier Fünftel der Bevölkerung. 2001 gingen rund eine Million Jungen zur Schule und Mädchen so gut wie gar nicht. Heute sind es über neun Millionen Schüler, davon fast die Hälfte Mädchen. Hunderttausende haben wieder

Zugang zu Trinkwasser, nicht allein, weil Brunnen gebohrt oder Leitungen verlegt wurden, sondern v. a., weil einheimische Techniker trainiert und die Behörden in die Lage versetzt wurden, sich selbst um den Aufbau zu kümmern.

Deutschland soll sich früher, substantzieller und entschiedener einbringen

Früher, entschiedener und substantzieller solle sich unser Land einbringen, so hat es der Bundespräsident formuliert. Entwicklungspolitisch engagiert sich die Bundesrepublik seit vielen Jahrzehnten global für die Überwindung von Armut und ein Leben in Würde sowie für langfristige Stabilität und Sicherheit in der Welt. Die drei Stichworte früher, entschiedener und substantzieller sind aber wichtige Wegweiser, was besser werden kann und mit Blick auf die aktuellen Krisen auch muss.

„Früher“: Bevor die Krise sichtbar wird

Entwicklungsexperten sind meist schon da, bevor es zu Krisen oder Kriegen kommt. Sie registrieren sehr sensibel, wenn sich Situationen zuspitzen, und können frühzeitig warnen, wenn ihre Warnungen denn gehört werden. Oft ist nämlich die Lücke zwischen „early warning“ und „action“ groß. So gehört zur Forderung nach dem früheren Engagement auch die Aufgabe, bessere Frühwarnmechanismen zu organisieren und dabei auch die Erfahrungen von Entwicklungsexperten vor Ort zu nutzen. In Liberia beispielsweise könnte die Ebola-Epidemie ein Jahrzehnt mühsamer Aufbauhilfe zunichte machen, weil Unterstützung zu spät kam.

„Entschiedener“: Schneller und breiter

Entschiedener bedeutet, Entscheidungsfindungsprozesse und Zuständigkeiten klarer zu regeln, damit wir als Europäer in Krisensituationen gemeinsam schneller handlungsfähig sind. Die Schnelligkeit einer Reaktion darf nicht an komplizierter Feinabstimmung scheitern und auch nicht davon abhängen, ob gerade ein Mitglied eine innenpolitische Krise zu lösen hat oder ein anderes sich für ein paar Monate im Wahlkampf oder in der Regierungsbildung befindet.

Ebola und die Flüchtlingskatastrophe vor den Grenzen Europas sind hierfür drastische Beispiele. Inzwischen sind fast zehn Millionen Syrer schutz- und hilfsbedürftig und es ist das größte Flüchtlingsdrama seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Bundesrepublik engagiert sich so stark wie kein anderes europäisches Land, aber angesichts der Zahl von Hilfebedürftigen brauchen wir dringend ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der EU. Momentan sind die Zuständigkeiten für die Flüchtlingspolitik auf fünf Generaldirektionen aufgeteilt.

Darüber hinaus werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass die EU ein Sonderprogramm zur Flüchtlingshilfe in Höhe von einer Milliarde Euro auflegt, um unseren Nachbarn an den Grenzen Europas zu helfen. Europa hat das Geld. Es müsste nach Monaten des Stillstands nur noch von der neuen Kommission gebündelt und die Hilfe koordiniert werden. Im Europaparlament wird dieser Vorschlag schon unterstützt.

„Substantzieller“: Vernetzter Ansatz

Deutschland soll sich substantzieller einbringen und das führt zu den Kernfragen: Wie viel sind uns Freiheit, Frieden

und Stabilität wert? Welche Mittel und welche Infrastruktur stellen wir für unser Engagement in Krisenregionen zur Verfügung? Was kann Deutschlands Beitrag in Europa sein, mit einer Bundeswehr, die den Übergang zu einer Berufsarmee zu meistern und in vielen Bereichen die Grenze der Belastbarkeit erreicht hat?

Deutschland sollte sich vorwiegend im **ZIVILEN** Bereich einbringen.

Wir werden die operative Komponente der EU stärken müssen, gerade auch für humanitäre Einsätze, aber Deutschland sollte bei militärischen Einsätzen sehr zurückhaltend sein und sich vorwiegend an humanitären oder Ausbildungsmissionen beteiligen. Es mag Situationen geben, in denen militärisches Eingreifen sinnvoll und wichtig ist. Kein Bauer wird sein Feld bestellen, wenn er damit rechnen muss, dass es bald wieder abgebrannt wird. Kein Kind wird zur Schule gehen können, wenn es Angst haben muss, auf dem Schulweg entführt oder gar ermordet zu werden und auch unsere Entwicklungsexperten brauchen ein Mindestmaß an Sicherheit, um arbeiten zu können. Dauerhaft aber können Soldaten keine friedliche Entwicklung schaffen. Sie schützen Räume, in denen politische Lösungen verhandelt werden und die eigentlichen Zukunftsgestalter wie z. B. Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Juristen, Landwirte und Unternehmer arbeiten können.

Und wie das Beispiel Ebola zeigt, kann auch ein Virus eine Katastrophe hervorrufen, indem es sich in ganzen Regionen und über die Kontinente hinweg verbreitet und so gerade fragile Ge-

sellschaften um Jahre zurückwirft. Ernten können nicht eingefahren werden, Investitionen in diese Länder werden gestoppt, internationale Unternehmen ziehen ihre Mitarbeiter ab, Betriebe und Schulen müssen schließen. Die Bundesrepublik hat reagiert und in einem ersten Schritt 17 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Gebraucht werden aber vor allem Kapazitäten wie mobile Krankenstationen und Labore, Medikamente und Transportmöglichkeiten sowie entsprechendes Fachpersonal.

Die zivile Komponente hat aber bei der Krisenbewältigung von den Mitteln her noch lange nicht den gleichen Rang wie die militärische. Mit Institutionen und Programmen wie dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze oder dem Zivilen Friedensdienst besitzen wir aber schon gute Fundamente. Wir brauchen aber noch mehr Anstrengung für Prävention. Es ist besser, Krisen zu vermeiden anstatt immer wieder aufs Neue Krisen bewältigen zu müssen – vernetzte Entwicklung vor vernetzter Sicherheit.

Sonderinitiativen

Zu Beginn meiner Amtszeit wurden drei neue Sonderinitiativen gestartet. Erstens bekämpfen wir den weltweiten Nahrungsmangel. 800 Millionen Menschen haben nicht genug zu essen, aber eine Welt ohne Hunger ist durchaus möglich. Zweitens wollen wir Fluchtursachen bekämpfen und Flüchtlinge reintegrieren. Drittens wollen wir zur Stabilisierung in Nordafrika beitragen. Darüber hinaus helfen wir auch in der Ukraine mit fast 50 Millionen Euro. Auch wenn manche darin eine zu enge Verbindung und damit auch eine Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik mit der Außen- und Sicherheitspolitik sehen, droht um-

gekehrt der Entwicklungspolitik doch eher ein Bedeutungsverlust, wenn sie sich offenen strategischen Debatten verweigert. Hat sie doch viele wertvolle Erfahrungen einzubringen, gerade in die Debatte um die Möglichkeiten und Grenzen externer Akteure.

Es wird derzeit viel über Interventionen diskutiert. Auf dem Feld der Entwicklungspolitik finden sozusagen permanent Eingriffe mit dem Ziel, Situationen zu beeinflussen, statt. Entwicklungspolitik hat dabei aber einiges gelernt, was sich weiterzugeben lohnt, nämlich dass wir lokale Partner brauchen, wenn eine Intervention langfristig erfolgreich sein soll, wir uns mit globalen Partnern abstimmen müssen, um nicht gegeneinander oder nebeneinander zu arbeiten und dass Interventionen mit langfristiger Verantwortung einhergehen.

Die außenpolitische Debatte durchlebt derzeit denselben schwierigen Orientierungsprozess, wie sie die Entwicklungspolitik schon seit Jahrzehnten durchgemacht hat, mit den folgenden aufkommenden Fragen: Wo sind die Grenzen unseres Handelns? Was ist zu tun, wenn gar keine Partner da sind oder kurzfristige Erfolge ausbleiben? Desillusionierungen werden dabei nicht ausbleiben. Der Arabische Frühling hat das gezeigt und auch der Irak, denn Demokratien entstehen nicht über Nacht. Viele Dilemmata werden erst mal bleiben und

man wird manch unangenehme Kompromisse eingehen müssen. Um Frieden, Entwicklung und Stabilität zu ermöglichen, muss man auch mit Staaten zusammenarbeiten, mit denen man nicht übereinstimmt wie etwa mit dem Iran. Wichtig dabei ist es aber, eine ehrliche Debatte zu führen und Lernfähigkeit zu zeigen. Und immer wieder muss kritisch geprüft werden, wo Stabilisierung erreicht und Menschen geschützt werden können und wo hingegen eine Intervention eine Situation nur verschlimmern würde.

Konfliktursache Rohstoffausbeutung und Klimawandel

V. a. brauchen wir eine breitere Debatte über die Auslöser von Krisen, Gewalt und Terror. Sehr oft lautet die Antwort, wenn man sie genauer hinterfragt: rücksichtslose Ausbeutung von Rohstoffen und Nahrungsquellen, Auseinandersetzungen um den Zugang zu natürlichen Ressourcen oder Umweltdegradierung durch den Klimawandel. Die Mutter in der Sahel-Zone, deren Säugling in ihren Armen verhungert, der Minenarbeiter, der aus Mangel an Alternativen seine heimische Landschaft und seine Gesundheit ruiniert, der junge Fischer aus Westafrika, der sein Leben einem kleinen Boot anvertraut, um nach Europa zu gelangen – sie haben viel direkter mit uns zu tun, als die meisten von uns wissen. Denn die seltenen Mineralien, die der Minenarbeiter zutage fördert, stecken in dem Windrad, das uns hierzulande „sauberen“ Strom liefert. Fischer können von ihrer Arbeit nicht mehr leben, weil ausländische Fabrikschiffe die Fanggründe leerfischen. Und die zunehmenden Dürren in Sub-Sahara-Afrika sind auch eine Folge des Klimawandels, der von den Emissionen auch unserer Industrien und unseres Lebensstils befeuert wurde und wird.

Die Außen- und Sicherheitspolitik kann von den **ERFAHRUNGEN der Entwicklungspolitik profitieren.**

Deutschland kann und sollte beispielgebend in Bezug auf einen **NACHHALTIGEN** Lebensstil wirken.

Wir haben also auch einen unmittelbaren Anteil an den Gefahren und Krisen, die weltweit für Instabilität sorgen und das Leben vieler Menschen beeinflussen und damit auch eine unmittelbare Verantwortung, was bedeutet, unseren Lebensstil so zu gestalten, dass er nicht ungewollt Menschen in anderen Weltgegenden Schaden zufügt. Auch wir müssen uns entwickeln, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Aber wie kann das geschehen? Können wir mit unserem Handeln Einfluss darauf nehmen, dass an Produkten, die wir importieren und konsumieren, nicht noch ein zusätzliches, unsichtbares Preisschild klebt, nämlich das mit den Kosten für menschliche und ökologische Dramen und den Kosten künftiger Krisen?

Textilbündnis

Ein Beispiel dafür, wie es gehen kann, ist das Bündnis für nachhaltige Textilien. Gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen Interessengruppen wollen wir die gesamte Lieferkette durchleuchten. Vom Baumwollfeld bis zum Bügel wollen wir nachhaltige Produktionsmethoden als Standard erreichen. Das sollen die Kunden auch überprüfen können. Das ist sicher nicht einfach, aber wir sind es den anderen schuldig. Wir müssen mit unserer Verhandlungs- und Nachfragemacht verantwortlich umgehen.

An der Größe unseres ökologischen Rucksacks zeigt sich, dass wir noch lange nicht den Lebensstil praktizieren, der von anderen Menschen auf diesem Pla-

neten übernommen werden könnte. Und hier sollte unser Ehrgeiz ansetzen, unser berechtigter Stolz auf deutsche Energieeffizienz, auf technische Innovationen und Umweltstandards, denn unser Land hat das Rüstzeug und die Möglichkeiten, eine globale Führungsrolle beim Wandel hin zu einer Wirtschaftsweise, die die Ressourcen und die Regenerationsfähigkeit unseres Planeten nicht übersteigt zu übernehmen.

Auch hier kann Deutschland zeigen, dass es bereit ist, sich entschiedener und substanzieller einzubringen. 2015 wird viele Gelegenheiten dazu bieten, denn Deutschland hat den G7-Vorsitz. In Paris wird hoffentlich ein verbindliches weltweites Klimaabkommen beschlossen und die Weltgemeinschaft formuliert im Rahmen der VN neue Entwicklungsziele für die Zeit nach 2015. Entwicklung und Nachhaltigkeit stehen darin gleichberechtigt in ihrer Verantwortung der Menschen untereinander und gegenüber ihren Nachkommen.

Es ist sehr erfreulich zu sehen, wie viele Frauen und Männer, jüngere und ältere und aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft, sich an der Formulierung der „Zukunftscharta“ beteiligt haben, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) angestoßen hat. Denn das zeigt, dass es viele nicht unberührt lässt, dass anderthalb Milliarden Menschen in Konfliktregionen leben und damit in permanenter Unsicherheit. Es ist vielen nicht gleichgültig, dass die heutige Generation, die erste, die den Klimawandel direkt zu spüren bekommt, womöglich auch die letzte ist, die noch umsteuern kann.

Die Ergebnisse dieser Zukunftscharta mit dem Titel „EINE WELT – unsere Verantwortung“ wurden am 24. No-

vember 2014 im Beisein der Bundeskanzlerin vorgestellt und sie werden hoffentlich breite Wirkung haben. „If You Like Challenges, There’s No Greater Time to be Alive“, sagte ganz optimistisch gestimmt der amerikanische Öko-Pionier Lester Brown. Gehen wir also unsere großen Herausforderungen mit Optimismus an.



Quelle: Bundesregierung Kugler

/// DR. GERD MÜLLER

ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin.